



Sprachmonster  
Quelle: IMIB e.V.

## Mehrsprachigkeit als Bildungsressource

### Vorschläge, Ideen und Handlungsschritte

Von Miglena Hristozova

In Freiburg leben Menschen aus allen Ecken der Welt. Ihre Sprachen hört man auf Straßen, in der Bahn, auch dort, wo sich Menschen versammeln, um gemeinsam gegen Krieg und Menschenverachtung zu stehen. Sprachen wie Serbisch, Türkisch oder Ukrainisch, aus Afrika oder Südamerika, China und Japan, Stimmen von Geflüchteten, von alten und neuen Freiburgerinnen und Freibürgern. Auch Aiza ist da, das Mädchen aus der Nachbarschaft, die manchmal Urdu mit ihren Kuscharten spricht, weil sie es in der Schule nicht sprechen kann.

Neben Deutsch sind Welt-sprachen wie Englisch oder Französisch bildungsrelevant. Migrantensprachen gehören zu einer Form von Mehrsprachigkeit, die kaum als Gewinn wahrgenommen werden. Erst recht nicht, wenn diese Sprachen ein niedriges Sozialprestige erfahren und Menschen Angst haben, am Akzent als fremd und nichtzugehörig erkannt zu werden.

Unsere Initiative für Mehrsprachigkeit und interkulturelle Bildung IMIB e.V. hat deshalb eine Straßenaktion am Stühlinger Kirchplatz initiiert, um Sprachen von Migrant\*innen als Bildungsressource sichtbar zu machen. Durch kleine Auftritte stellten Kinder von Samstags- und Migrantenschulen ihre Herkunftsspra-

chen vor. Dafür bekamen sie eine Auszeichnung und wurden zu Sprachmonstern gekrönt, die Sprachen symbolisch retten, indem sie sie sprechen und lernen.

Ende vergangenen Jahres haben wir vor diesem Hintergrund auch eine bildungspolitische Diskussion in Freiburg angeregt, um neue Wege für die Sprachbildung und den Umgang mit Mehrsprachigkeit zu fordern. Hierfür hat IMIB gemeinsam mit dem Migrant\*innenbeirat der Stadt Freiburg eine Fachtagung organisiert. Im Mittelpunkt der Diskussion waren die rund 30 Prozent der Kinder aus Freiburg, die von Geburt an mehrsprachig aufwachsen und mit zahlreichen Hürden im Bildungssystem zu kämpfen haben. Besonders deutlich erhoben sich dabei Stimmen aus der Forschung, die Mehrsprachigkeit als ein Ventil für soziale Ungleichheit, Chancenungleichheit und Diskriminierung sahen. Baden-Württemberg gehört auch zu den wenigen Bundesländern in Deutschland, die herkunftssprachlichen Unterricht noch nicht staatlich fördern. In zwölf Bundesländern ist das längst passiert.

Was kann aber Freiburg konkret tun, was gibt es vor Ort an Bildungsressourcen, um mehrsprachige Kinder und Familien zu unterstützen? Bei unserer Fachtagung ging es vor allem um Vorschläge, Ideen und Handlungsschritte, also auch darum, das Thema

kommunal sowie auf Landesebene zu stärken, also die Neuregelung für den herkunftssprachlichen Unterricht voranzubringen.

Zum Vergleich sind für die Herkunftssprachen momentan meist Migrantenschulen oder Elterninitiativen zuständig, die ehrenamtlich am Nachmittag oder samstags mit Sport- und Spielangeboten konkurrieren. Als Teil der Bildung werden sie kaum wahr genommen, obwohl sie als einziger Bildungsort dafür stehen, dass Migrantensprachen als Ressource anerkannt werden. Die Relevanz des Themas ist einer breiten Öffentlichkeit leider nicht wirklich bewusst. Denn Herkunftssprachen sind nicht nur eine Ergänzung, sie stiften Identität: Wenn sie nicht sichtbar sind, gehen auch Personen und Identitäten unter.

Die Ideen und die konkreten Handlungsvorschläge aus der Fachtagung werden bald publiziert. Diese werden an wichtige Entscheidungsstellen von Kommunalpolitik und Landesministerien in Fröhsommer weiter gereicht. Eine größere Veranstaltung zu Mehrsprachigkeit planen wir im Rahmen der Interkulturellen Wochen im Oktober 2022.

■ Miglena Hristozova, Mitorganisatorin der Fachtagung, Mitglied der IMIB und des MMB

## Ein Blick nach Mannheim: Eine weit gefasste politische Partizipation von Migrant\_innen!

Von Claire Désenfant (Vorstand Migrant\_innenbeirat)

Die kommunale Partizipation und die Integration von Menschen mit Migrationshintergrund hat das Land Baden-Württemberg 2015 in einem Gesetz festgezurrt: Das Partizipations- und Integrationsgesetz (PartIntG). Die Städte Baden-Württembergs haben dieses Gesetz unterschiedlich umgesetzt. Unser Augenmerk richtet sich heute nach Mannheim, denn die kommunalpolitische Partizipation ist dort sehr tiefgreifend.

Grundsätzlich sieht das Gesetz zwei Formen von kommunaler Partizipation von Migrant\_innen vor: über einen Migrationsausschuss, der den Gemeinderat berät oder über einen Migrantensbeirat. Einige Städte haben beide Formen der Partizipation. Dieses wird Zwei-Gremien-Modell genannt. Dieses gilt z. B. in Freiburg wie auch in Mannheim.

Der Mannheimer Migrationsbeirat besteht aus 20 Mitgliedern. Diese müssen sich einzeln bewerben und werden von einer Jury berufen. Die Größe des Mannheimer Migrationsbeirats ist vergleichbar mit unserem Freiburger Migrant\_innenbeirat. Allerdings werden bei uns alle Mitglieder direkt gewählt.

Die Gemeinderäte von Kommunen und Städten haben einige Ausschüsse, die sie beraten oder die auch selbst Maßnahmen beschließen. Die Frage ist, inwieweit der Migrationsbeirat einer Stadt Vertretungen in Ausschüsse senden darf, und falls ja, in welche Ausschüsse? Der Migrationsbeirat der Stadt Mannheim wird in allen Ausschüssen vertreten, in den beratenden wie auch in den beschließenden Ausschüssen. Dies ist ziemlich einmalig in Baden-Württemberg. Der Mannheimer Migrationsbeirat hat sogar eine Vertretung im Gemeinderat. Dieses spiegelt die Ansicht der Mannheimer Kommunalpolitik, dass alle Belange der Stadt auch die Interessen der Migrant\_innen tangieren. Schließlich sind sie auch Mannheimer\_innen! Zum Vergleich: In Freiburg wird der Migrant\_innenbeirat nur im Migrationsausschuss und im Schulausschuss vertreten.

In den Ausschüssen wie im Gemeinderat genießt der Migrationsbeirat der Stadt Mannheim Antrags-, Rede- und Anhörungsrecht. Das heißt, dass er selbst seine Anliegen anbringen und verteidigen kann.

Eine Besonderheit bildet der Integrationsausschuss, den es auch in Mannheim gibt. Dort wird der Migrationsbeirat mit 10 Mitgliedern vertreten. Sie haben nicht nur Antrags-, Rede- und Anhörungsrecht, sondern auch Stimmrecht! Zum Vergleich: Im Freiburger Migrationsausschuss wird der Migrant\_innenbeirat mit drei Personen vertreten. Und diese haben kein Stimmrecht. Vielfach wird argumentiert, dass Menschen, die kein Kommunalwahlrecht haben, in den gemeinderätlichen Ausschüssen auch nicht abstimmen dürften. Aber der Integrationsausschuss ist ein beratender Ausschuss. Die Entscheidungen, die auf der Grundlage der Erkenntnisse des Ausschusses getroffen werden, werden ausschließlich vom Gemeinderat abgestimmt. Insofern sei das Stimmrecht der Migrant\_innen im Migrationsausschuss ein Zeichen der Anerkennung ihrer ernst gemeinten Partizipation, so deren Befürworter\_innen.



## Rassismus im »Kleinen« ... ... und wie dieser mit dem »Großen« zusammenhängt

Von Susanne Einfeld

»Rassismus ist ohne Kolonialismus nicht denkbar.« Mit diesen Worten leitete Prof. Isabelle Ihring von der EH Freiburg ihren Impulsvortrag zu der Online-Veranstaltung zum Thema Rassismus in Kitas ein. Die Einladung hierzu kam vom Migrantinnen- und Migranten-Beirat (MMB) für den 23. März für die Dauer einer öffentlichen Sitzung.

Die seit rund zwei Jahren andauernde Pandemie und der seit Wochen tobende Krieg in der Ukraine lassen manche Themen – zumindest in der Presse – oft in den Hintergrund treten. Das betrifft zum einen den Klimaschutz, aber auch ganz besonders das Thema Rassismus in seinen verschiedenen Ausprägungen und Austragungs-Orten. Auslöser für das Treffen war eine Anfrage des Gesamtelternbeirats der Stadt Freiburg an den

MMB im Rahmen der Wochen gegen Rassismus.

Zu diesem komplexen und sehr sensiblen Thema meldeten sich mehr als 80 TeilnehmerInnen an: viele ErzieherInnen und Eltern, aber auch Menschen, die sich dieses Themas grundsätzlich bewusst sind und dazu lernen wollen.

Im ersten Teil des Treffens gab der Vortrag von Prof. Isabelle Ihring die ersten Impulse für die danach stattfindenden kleineren Arbeitsgruppen. Im letzten Drittel der leider sehr knapp bemessenen Zeit wurden Fragen und Forderungen für die Praxis formuliert und wesentliche Punkte ausgetauscht – diese wurden gesammelt und werden dokumentiert.

In den wichtigen Impulsen des Vortrages von Prof. Ihring wurde offensichtlich, dass es nicht das Erkennen von Verschiedenheiten ist, was das Problem ausmacht, son-

dern die historische Asymmetrie, die auf den Kolonialismus zurückgeht: »Andere Hautfarbe, religiöse Zugehörigkeit, Name, Kleidung etc.« bilden nicht nur Unterschiede ab, sondern werden Gruppen zugeschrieben, die nicht dem »weißen christlichen (und oft männlichen) Ideal« entsprechen und die sich damit auf vielen Ebenen von einer »weißen Gesellschaft« ausgeschlossen fühlen. Damit soll verdeutlicht werden, dass Wissen nicht objektiv ist, sondern auf Machtverhältnissen beruht.

Mit diesem Input ließen sich die TeilnehmerInnen auf die Bearbeitung des Themas im Praxisbereich ein.

Im anschließend stattfindenden gemeinsamen Austausch wurde deutlich: Rassismus ist schon im Kleinkindalter eine Thema, in manchen Einrichtungen passiert durchaus Ausgrenzung auf Grund des äußeren Aussehens. Die Forderung nach

Fortbildungen und Training war für alle TeilnehmerInnen das zentrale Thema, um Werkzeug für den Umgang mit rassistischem Verhalten in den Kitas zu erlernen. Auch sollte Diversität bei der Auswahl des Personals eine größere Rolle spielen. Wichtige Themen waren auch Medien und Bücher, die überarbeitet werden sollten, und verstärkte Netzwerkbildung, Elternarbeit und Kontakte zu Fachberatungsstellen. Ganz praxisnah auch die Frage einer Teilnehmerin (Erzieherin): »Soll man Kinder im Morgenkreis jeweils ganz individuell zur Sprache kommen lassen – das hieße ja, den Fokus auf seine Herkunft richten – oder die Themen hier lieber allgemein halten, also an alle gerichtet?«

Sowohl der wichtige Impuls zu Beginn als auch die praxisbezogenen Fragen und Forderungen brauchen jedenfalls weitere Impulse und Antworten, um dem Rassismus »im Kleinen« entgegenzutreten zu können.



## Austausch heißt voneinander lernen

Granada – Freiburgs andalusische Partnerstadt

Eine Reportage von Carmen Luna und kwasibanane

Wir nähern uns Granada von oben. Die Lage am Fuß der schneebedeckten 3½ Tausender der Sierra Nevada beeindruckt. Die Stadt hat mit ca. 250 000 Einwohnern eine ähnliche Größe wie Freiburg, wirkt aber größer. Freiburg und Granada sind seit 1991 Partnerstädte und mit ihren Gemeinsamkeiten und Unterschieden können sie viel voneinander lernen. Die beiden Theaterleute Pablo Ramírez und Lina Montabes, der Student und Musiker »El Callejero« und der weltbekannte Streetart Künstler »El Niño de las Pinturas« öffnen uns den Blick in ihre Stadt.

### Lina und Pablo

»Ich liebe Granada«, sagt Pablo Ramírez. »In Granada muss man sich einfach verlieben«, bestätigt Lina Montabes, seine Frau. – Warum, frage ich. – »Mir gefallen Ästhetik, Architektur und am meisten das kulturelle Flair der Stadt: Ausstellungen, Musik, Theater...« Lina fügt hinzu: »Du hast Stadtviertel wie El Realejo, zentral gelegen und dennoch ruhig; oder El Albaizin, die Altstadt mit ihren engen Gassen, von dort sieht man die Alhambra; oder du

gehst mit Freunden nach Sacromonte aus und lässt es dir gut gehen. In einer halben Stunde bist du am Meer. Das einzige was hier nervt ist der Verkehr, aber das wird gerade besser.«

Lina und Pablo sind beide in Granada geboren. Pablo ist Schauspieler und Regisseur, außerdem spielt er leidenschaftlich Schach. Lina arbeitet als Rechtsanwältin für die Gewerkschaft. Was sie in ihrer Freizeit macht? »Theater spielen«, sagt sie, »das liebe ich über alles. So habe ich Pablo kennen gelernt.«

Fortsetzung:  
S.8